

Auf Nachfrage des SkB Ellenberger erläuterte SADin Kreitz-Henn die seit der Ausschusssitzung im März 2015 stattgefundenen Schulwechsel von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf sowie die im Mai 2015 erhobene Schülerzahlenprognose für die Förderschulen.

*Die Zahlen können den als **Anlagen 3 und 4** zur Niederschrift beigefügten Übersichten entnommen werden.*

SkB Ellenberger kam zu dem Schluss, dass ausweislich der Elternnachfrage nach dem Förderschulbereich das Konzept, Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf grundsätzlich in die allgemeinen Schulen zu überführen, nicht aufgegeben sei.

SADin Kreitz-Henn erwiderte, dies könne man nicht pauschal bestätigen, da noch keine zuverlässigen Zahlen vorlägen. Es sei allerdings festzustellen, dass die Schülerzahlen an den Förderschulen nicht - wie konzeptionell vorhergesagt - rückläufig seien, sondern die Anzahl der Schüler an Förderschulen im Rhein-Sieg-Kreis relativ konstant bleibe.

Abg. Solf führte aus, es sei falsch, sich bei der Schlussfolgerung aus der zahlenmäßigen Entwicklung von ideologischen Gesichtspunkten leiten zu lassen. In erster Linie sei entscheidend, dass jedes Kind nach dem Willen der Eltern die Förderung erfahre, die es nötig habe. Dabei dürfe man nicht vergessen, dass die Gesellschaft Wellenbewegungen ausgesetzt sei. Wenn vor drei oder vier Jahren eine große Zahl von Eltern den Wunsch nach dem Besuch einer allgemeinen Schule geäußert habe, sei es nicht ungewöhnlich, wenn nach einem gewissen Zeitraum eine entgegenlaufende Bewegung folge. Dies könne möglicherweise auf der einen Seite durch eine zu hohe Erwartungshaltung der Eltern begründet sein und auf der anderen Seite daran liegen, dass an den allgemeinen Schulen das Ausmaß an Förderung, die das jeweilige Kind brauche, noch nicht erreicht werde. Bei all dem dürfe man nicht außer Acht lassen, dass mit Stichtag 15. Oktober die Zuweisung der Lehrer an die Schulämter und Schulen erfolge. Nach diesem Datum gebe es aber noch Veränderungen in der Schülerzahl, die bis zu zehn Prozent der Schüler ausmachen könnten. Der dadurch für die Schulaufsichtsbeamten entstehende Koordinationsaufwand dürfe nicht unterschätzt werden. Es gelte, die Arbeit an der Inklusion in ruhiger und kontinuierlicher Weise fortzusetzen, um beiden Schülergruppen, denen an den allgemeinen Schulen und denen an den Förderschulen, gerecht zu werden.

SkB Hauer bestätigte aus eigener Erfahrung, wie schwierig es sei, die Lehrerversorgung sicher zu stellen, wenn im Laufe eines Schuljahres noch viele Schüler in einzelne Schulen aufgenommen werden müssten. Es interessiere ihn, ob für die an den allgemeinen Schulen tätigen Lehrkräfte Fortbildungsmaßnahmen zum Gemeinsamen Lernen angeboten und in wie weit diese auch in Anspruch genommen würden.

SADin Kreitz-Henn antwortete, dass ein Arbeitskreis der Schulleitungen der Förderschulen und der Schulleitungen von allgemeinen Schulen im Sekundarstufen I-Bereich intensive Arbeit leiste. Zusammen mit dem Arbeitskreis der Sonderpädagogen im Sekundarstufen I-Bereich, dem sie vorstehe, sei ein Leitfaden für das Gemeinsame Lernen herausgegeben worden. *[Anmerkung der Verwaltung: Der „Leitfaden Gemeinsames Lernen - Qualitätsstandards für eine gelingende Zusammenarbeit im Gemeinsamen Lernen in Allgemeinen Schulen der Sekundarstufe I im Rhein-Sieg-Kreis“ ist im Internet unter www.inklusionaktuell.de/leitfaden-formulare abrufbar.]*

Ein ähnliches Projekt werde auch für den Primarstufenbereich erarbeitet. Darüber hinaus gebe es Fortbildungen sowohl des Kompetenzteams Rhein-Sieg-Kreis als auch des Schulamtes mit Unterstützung des Schulpsychologischen Dienstes. Aus den Reihen der Sonderpädagogen an Förderschulen werde eine Beratung angeboten, die sich zum einen an die Schulen ohne Gemeinsames Lernen richte. Zum anderen stünden an den Schulen mit Gemeinsamen Lernen den Kollegen zusätzlich ausgebildete Sonderpädagogen zur Verfügung. Auch hier könne nur

von einzelnen Initiativen gesprochen werden, aber es sei verlorene Zeit, wenn man warte, bis genügend Ressourcen für eine flächendeckende Beratung zur Verfügung stünden.

Die Vorsitzende ergänzte, dass die Troisdorfer Fortbildungsgemeinschaft in Kooperation mit der Montag-Stiftung eine auf zwei Jahre angelegte Fortbildung "Schulleitung fit für Inklusion" ins Leben gerufen habe, um das Thema voran zu bringen. Zur Durchführung dieser Maßnahme, die im nächsten Jahr auch auf die Lehrerkollegien ausgeweitet werden solle, habe die Stadt Troisdorf 50.000 Euro zur Verfügung gestellt.

SADin Kreitz-Henn erklärte mit Hinweis auf Zukunftswerkstätten in Bornheim und Hennef, dass es Aktivitäten auf unterschiedlichen Ebenen gebe.

Abg. Westig-Keune wies darauf hin, dass ihrer Meinung nach in diesem Ausschuss niemand etwas aus ideologischen Gründen gegen Inklusion habe. Es müsse aber darauf geachtet werden, dass das Thema Inklusion nicht alles andere überlagere und dadurch die Gefahr entstehe, dass die Förderschulen sukzessive den Anschluss verlieren würden.

Abg. Otter stellte fest, dass man sich im Klaren darüber sein müsse, dass trotz eines Rückgangs der Schülerzahlen die Anzahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf steige. Dies habe vor kurzem auch das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen für das Schuljahr 2014/2015 festgestellt und das gelte auch für den Rhein-Sieg-Kreis. Es bedeute aber gleichzeitig, dass nicht nur die Schülerzahlen an den Förderschulen anstiegen, sondern auch mehr Kinder mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf die allgemeinen Schulen besuchten. Vor diesem Hintergrund dürfe man nicht den Abbau von Kapazitäten in den letzten Jahren vergessen. Er erinnere daran, dass die Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen in Niederkassel und Rheinbach auslaufend seien, ebenso der Primarstufenbereich in Hennef. Auch seien Schulen Kooperationen eingegangen, um die Vorgaben der Mindestgrößenverordnung zu erfüllen. Dies sei die Ausgangslage, die sich zu stabilisieren scheine. Da die Diskussion darum, wie die Inklusion in den allgemeinen Schulen umgesetzt werden solle, weiter geführt werde, rege er an, dass sich auch der Ausschuss weiterhin mit diesem Thema befassen möge.

Die Vorsitzende erinnerte daran, dass sich der Ausschuss im Tagesordnungspunkt "Mitteilungen und Anfragen" befinde. Aufgrund des offensichtlich vorhandenen Gesprächsbedarfs schlage sie vor, das Thema in der nächsten Sitzung als ordentlichen Tagesordnungspunkt aufzugreifen.

SkB Ellenberger verwies auf die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt, wonach die zuständige Schulaufsichtsbeamtin über die Zahlen mündlich berichten werde. Dazu sei von Ausschussmitgliedern Stellung genommen worden.

Im übrigen beantrage er, einen Zwischenruf des Abg. Solf: "Herr Ellenberger, von Ihnen wissen wir einiges!" in die Niederschrift aufzunehmen.

Abg. Solf erklärte, dass sich sein Zwischenruf darauf bezogen habe, dass bei ihm der Eindruck entstanden sei, SkB Ellenberger nehme in der Diskussion um Inklusion und Förderschulen eine sehr einseitige Position ein. Es sei allein entscheidend, den Willen der Eltern in Bezug auf die für das jeweilige Kind in Frage kommende Förderung zu respektieren und umzusetzen.

SADin Kreitz-Henn sagte zu, den Ausschuss über die Entwicklung der Schülerzahlen sowohl im Gemeinsamen Lernen als auch an den Förderschulen weiterhin auf dem Laufenden zu halten.